

Verwaltung ohne Gendersprache

- Die Rede von Monika Giesa im Wortlaut -



Die AfD-Fraktion stellte in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag „Keine Gendersprache in der Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden“. Die Begründungsrede hielt die sozialpolitische Sprecherin der AfD, Monika Giesa. Der Antrag wurde abgelehnt. Stattdessen beschloss das Stadtparlament den Gegenantrag der links-grünen Kooperation pro Gendern.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Stadtverordnete,

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist aus guten Gründen gegen die sogenannte gendergerechte Sprache. Auch der Rat für deutsche Rechtschreibung hat sich dagegen ausgesprochen, die gewohnte Schreibweise durch Sternchen, Unterstriche, Doppelpunkte und Binnenmajuskeln zu verunzieren. Man muss es so deutlich sagen, die Gendersprache wird nur von einer kleinen radikalen Minderheit befürwortet und die angeführten Begründungen können niemanden überzeugen, der Sprache als das versteht, was sie ist.

Sprache dient zur Verständigung, zur Kommunikation. Wenn Sprache nicht mehr verständlich und lesbar ist, wenn sie zweideutig wird und den Blick vom Wesentlichen ablenkt, ist die Gefahr groß, dass Kommunikation misslingt. Gerade in der Verwaltung muss Sprache verständlich, eindeutig und rechtssicher sein. Sie muss eine schnelle und präzise Übermittlung und Auffassung von Informationen gewährleisten. Sie muss also effizient sein.

All das tut die Gendersprache nicht. Die Gendersprache verwirrt den Leser, lenkt ihn ab und ist nicht mehr eindeutig.

Aber Sprache ist nicht nur Verwaltungssprache. Mithilfe von Sprache verstehen und beschreiben wir die Welt, mithilfe von Sprache verstehen und beschreiben wir uns selbst. Der Philosoph Ludwig Wittgenstein fasste dies sehr treffend mit den Worten zusammen: „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.“ Sprache ist ein Werkzeug. Nicht die Sprache

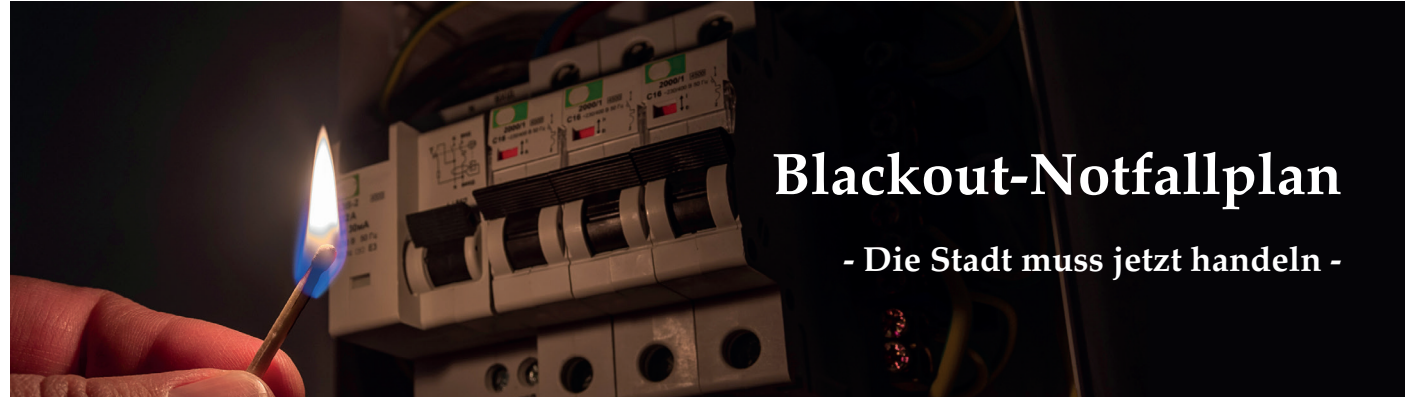
macht das Beschriebene gut oder schlecht, richtig oder falsch. Es ist der Mensch, der sich der Sprache bedient, der sie nach seinen Fähigkeiten und Neigungen klug oder dumm, zum Guten oder zum Schlechten anwendet. Es ist der Mensch, der gerecht sein kann oder ungerecht. Wenn wir erlauben, dass unsere Sprache mutwillig verändert wird, erlauben wir damit auch eine Veränderung unserer Möglichkeiten zur Beschreibung dessen, was ist. Mit der Gendersprache soll die Sprache zum ersten Mal in der Geschichte etwas leisten, wozu sie weder gedacht noch imstande ist: sie soll nicht mehr beschreiben, was ist, sondern was sein soll. Sie soll also nicht mehr Realität beschreiben, sondern Realität erschaffen. Sie soll nicht mehr dienen, sondern erziehen. Die Gendersprache ist keine Sprache, sie ist die Pervertierung von Sprache. Wenn sich diese Pervertierung durchsetzt, wird unser Verständnis von der Welt und von uns selbst schlechter werden. Dann werden uns irgendwann die Worte fehlen, um noch sagen zu können, was wir meinen oder zu meinen, was wir sagen. Wir sollten diesen Irrweg nicht weiter beschreiten. Der Mehrheitswille der Bevölkerung ist in dieser Sache sehr eindeutig und sehr vernünftig.

Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu, in der gesamten Kommunikation der Stadtverwaltung nach innen und außen auf die Gendersprache zu verzichten.

Vielen Dank.

Blackout-Notfallplan

- Die Stadt muss jetzt handeln -



Die AfD-Fraktion hatte bereits Anfang 2020 mit einem Antrag und noch einmal im letzten Jahr mit einer Anfrage an den Magistrat auf die wachsende Gefahr eines länderübergreifenden, lang andauernden großen Stromausfalls hingewiesen und zur dringenden Vorbereitung gemahnt. In beiden Fällen wurden die Bedenken der AfD leichtfertig beiseitegeschoben. Jetzt, im Zuge der allgemeinen Energiekrise, werden die politisch Verantwortlichen unsanft aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt. Es zeigt sich,

wie real die Gefahr eines großen Blackouts ist. Die AfD wird erneut eine Initiative einbringen und den Magistrat dazu auffordern, noch in diesem Jahr einen konkreten städtischen Notfall-Plan vorzulegen, der darlegt, wie die Stadt im Falle eines großräumigen, langanhaltenden Blackouts die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleisten und die Versorgung der Bürger mit lebensnotwendigen Gütern wie Wasser und Nahrungsmitteln sicherstellen will. Ein Zuwarten ist jetzt nicht mehr zu verantworten.



Dr. Eckhard Müller
Fraktionsvorsitzender



Denis Seldenreich
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Dr. Klaus-Dieter Lork
Stadtverordneter



Monika Giesa
Stadtverordnete



Roman Bausch
Stadtverordneter

Link zu unserer Homepage:

Hier finden Sie die in den Texten erwähnten Quellen
<https://afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de/>



Impressum:

Bericht aus dem Rathaus / Zeitung der AfD Rathausfraktion Wiesbaden / September 2022

Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden
Telefon: 0611-31-2867
E-Mail: afd@wiesbaden.de
www.afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de
Bildquellen: Eigene, AdobeStock, Pixabay

Herausgeber:
AfD Rathausfraktion Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Dr. Eckhard Müller
Redaktion: Anja Philipp
Auflage: 100.000

Bericht aus dem Rathaus 2022

Die erzwungene Verkehrswende
- Ein Umerziehungsversuch am erwachsenen Bürger -

Verwaltung ohne Gendersprache
- Die Rede von Monika Giesa im Wortlaut -

Blackout - Notfallplan
- Die Stadt muss jetzt handeln -



Sehr geehrte Wiesbadenerinnen
und Wiesbadener,

Coronafolgen, Ukrainekrieg, Energiekrise, Inflation und aufkommende Rezession.
Es scheint müßig, sich in einer Zeit in der Kommunalpolitik zu engagieren, in der die Folgen jahrzehntelanger politischer Fehlentscheidungen auf EU- und Bundesebene sich zum Multiorganversagen verdichten. Aber viele Folgen politischer Entscheidungen auf übergeordneten Ebenen zeigen sich zuerst lokal, also in der Kommune. Dort muss mit diesen Folgen umgegangen werden, dort müssen Lösungen gefunden werden. Denken Sie an die sich verschlechternde Sicherheit im öffentlichen Raum oder an die notwendige Vorsorge für einen großen Stromausfall.

Die Standpunkte der AfD haben sich an vielen Stellen als richtig erwiesen, ob bei der Ostfeld-Planung, den E-Bussen, der Waffenverbotszone, den Finanzen und der AWO, um nur einige Beispiele zu nennen. Mit unserem fünften „Bericht aus dem Rathaus“ geben wir Ihnen wieder einige Einblicke in unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung im vergangenen Jahr. Einer der Schwerpunkte war die Verkehrspolitik. Die grünen Träume von einer autofreien Innenstadt sind realitätsfern und werden in allen Umfragen von den Bürgern abgelehnt. Wer so etwas anstrebt, kann nicht für sich reklamieren, im Sinne der Bürger zu handeln.

Die AfD mahnt als Oppositionsfraktion im Rathaus immer wieder, den Bürgerwillen ernst zu nehmen und die begrenzten Ressourcen der Stadt vernünftig einzusetzen, denn wir haben auch in Wiesbaden drängendere Sorgen als Gendersternchen, Frauenquote und Lastenfahrräder.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Eckhard Müller
Fraktionsvorsitzender



Die erzwungene Verkehrswende

- Ein Umerziehungsversuch am erwachsenen Bürger -

Parkraummanagementkonzept, DIGI-V, E-Hub, Tempo-30-Zone, Pflörtnerampel. Was sich für den unbedarften Bürger wie ein Flickenteppich unzusammenhängender Maßnahmen mit nebulösen Begrifflichkeiten anhört, geschieht tatsächlich weder zufällig noch planlos.

Hinter wohlklingenden Umschreibungen wie einer „gerechteren Aufteilung des öffentlichen Raums“ verbirgt sich in Wahrheit ein kompromissloser Kampf gegen das Auto, dem nach wie vor beliebtesten Verkehrsmittel der Bürger. Der ÖPNV ist in vielen Fällen eine schlechte Alternative.



Jahrzehntelang ging die Verkehrspolitik vom tatsächlichen Bedarf der Bürger aus. Die wissen schließlich selbst am besten, wie und womit sie am schnellsten und kostengünstigsten von A nach B kommen. Seit die Grünen vielerorts mitregieren, gelten in der Verkehrspolitik neue Prämissen: Allen voran die Klimaretung. Diese Abkehr von Pragmatismus und Marktwirtschaft hat auf vielen Feldern in eine Sackgasse oder in unlösbare Widersprüche geführt. Ein paar Beispiele.

*E-Autos kaufen aber
Strom sparen?*

Stadt voller E-Autos ist Utopie

Die kopflose Energiewendepolitik hat Energie in Deutschland zu einem existenzgefährdend teuren und mittlerweile auch sehr knappen Gut gemacht. Das hat zu dem Paradox geführt, dass die Bürger einerseits E-Autos kaufen und andererseits Strom sparen sollen.

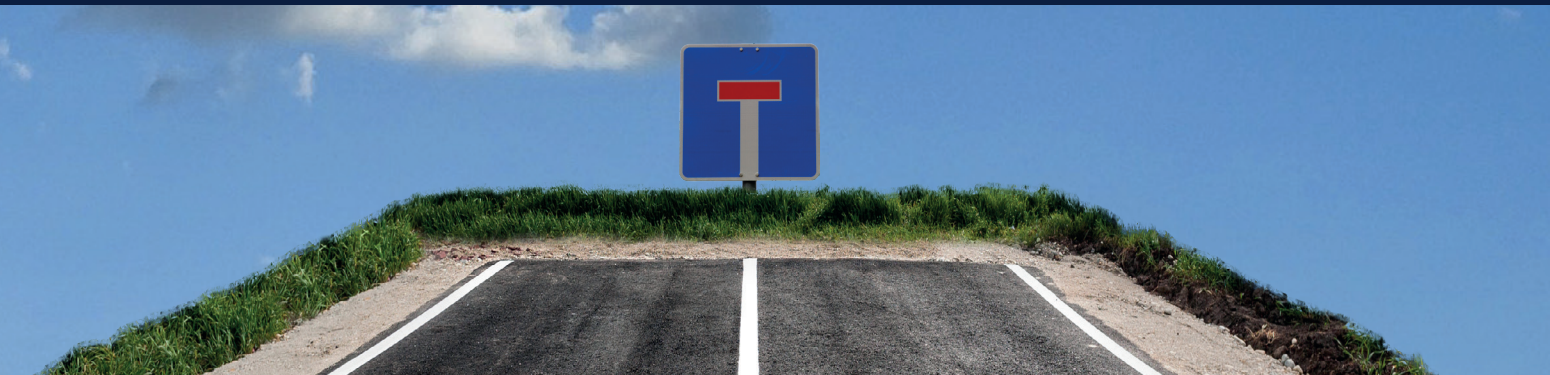
E-Mobilität wird als angeblich klimafreundliche Mobilität in jeder Weise gefördert, weshalb beispielsweise die chaotischen Zustände bei den E-Tretrollern auch in Wiesbaden schon viel zu lange geduldet werden. Die AfD-Fraktion hat hier mehrfach ein Durch-

greifen angemahnt und entsprechende Anträge gestellt.

Wiesbaden wollte bei der Umstellung des ÖPNV von Dieselbussen auf E-Busse ganz vorne mit dabei sein. Die Sache ging gründlich schief. Die Busse konnten in der benötigten Stückzahl gar nicht geliefert werden und die Kosten haben ESWE-Verkehr tief in die roten Zahlen getrieben. Auch hier hatte die AfD vor einer übereilten Festlegung auf eine unausgereifte Technologie gewarnt.

Künstliche Parkraumverknappung

Nach und nach verschwindet kostenfreier Parkraum aus der Stadt. Mit der Neugestaltung des Elsässer Platzes beispielsweise fallen auf einen Schlag offizielle 375 gebührenfreie PKW-Parkplätze weg, wobei auf dem Platz tatsächlich bis zu 548 geparkte Autos gezählt wurden. Wie durch eine Anfrage der AfD-Fraktion bekannt wurde, sind in dem geplanten Parkhaus



für Anlieger nur noch gebührenpflichtige Stellplätze vorgesehen, die darüber hinaus den Bedarf zahlenmäßig nicht einmal ansatzweise abdecken.

Nach diesem Muster wurden und werden an vielen Stellen in der Stadt Parkplätze im öffentlichen Raum weggestrichen, verteuert oder mit Nutzungseinschränkungen versehen. Gleichzeitig beklagt man das Aussterben der Innenstadt. Wer die ganze Palette der geplanten Zumutungen nachlesen möchte, kann dies im sogenannten „Parkraummanagementkonzept“ der Stadt tun.

DIGI-V – digital ausgebremst

Für das neue Verkehrsleitsystem DIGI-V wurden Millionen ausgegeben. Angeblich, um den Verkehrsfluss besser zu regeln. Wenn aber Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und motorisierter Verkehr gleichrangig behandelt werden, wie es die grüne Verkehrsdoktrin vorsieht, dann steht der Autofahrer in der Folge länger an der Ampel und im Stau als vorher. Der Nutzen für das Klima dürfte Null sein. Auch hier geht es allein um die Verdrängung des Autos.

Flächendeckend Tempo 30 ist Schikane

Am liebsten möchte das links-grüne Rathausbündnis flächendeckend Tempo 30 in der Landeshauptstadt einführen. Ein entsprechender Beschluss wurde von der Kooperation in der Stadtverordnetenversammlung auch durchgedrückt, wohl wissend, dass er rechtlich keinen Bestand haben würde, weil die Stadtverordnetenversammlung für Geschwindigkeitsregelungen auf Durchgangsstraßen nicht zuständig ist.



Das brachte Oberbürgermeister Mende (SPD) in die peinliche Lage, dem Beschluss seiner eigenen Parteigenossen widersprechen zu müssen.

Marktverzerrung durch Subventionen

Wo die Lenkungswirkung über Verknappung und Verdrängung allein nicht greift, wird die freie Auswahl des Verkehrsmittels über den massiven Einsatz von Subventionen ausgehebelt, die eine untragbare finanzielle Hypothek auf die Zukunft darstellen. Das beginnt bei der Bezuschussung für Lastenfahrräder und endet beim 9-Euro-Ticket. Die Folgen solcher Maßnahmen sind langfristig Verschuldung und Inflation.

*Vernunft statt
Ideologie*

In der Verkehrswende wie in der Energiewende offenbart sich die ganze Hybris einer Politik, die glaubt, sie könne selbst mathematische Gewissheiten der Fiktion einer „Klimaretung“ unterordnen. Die Zeche für diesen Irrweg zahlt der Bürger.

Die AfD-Fraktion steht für eine grundsätzlich andere Politik mit Vernunft, Augenmaß und Pragmatismus. Oder, um es mit den Worten von Franz-Josef Strauß zu sagen, wir bleiben auf dem Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihrer Tugenden. Auch in der Verkehrspolitik.